



## PRESSEMITTEILUNG

### **Informelles Treffen des Rates für Telekommunikation: Die Mitgliedstaaten rufen Unternehmen des digitalen Sektors auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation im Internet zu verstärken**

Paris, 8. März 2022  
N°3020

Im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft empfängt Cédric O, Staatssekretär für den digitalen Wandel und elektronische Kommunikation, am 8. und 9. März die für Digitales und elektronische Kommunikation zuständigen EU-Ministerinnen und -Minister in Paris und anschließend in Nevers. Die 27 Mitgliedstaaten sowie die Schweiz und Norwegen werden dort vertreten sein. Im Anbetracht der derzeitigen geopolitischen Lage hat die französische EU-Ratspräsidentschaft beschlossen, die Gespräche den Herausforderungen der Desinformation im Internet, der Resilienz der Kommunikationsinfrastrukturen sowie des Schutzes des europäischen Cyberspace zu widmen.

Bei der Eröffnungssitzung am Dienstag, den 8. März, an der auch Jean-Yves Le Drian, Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten, sowie Vertreterinnen und Vertreter großer Online-Plattformen und sozialer Netzwerke teilnahmen, tauschten sich die EU-Ministerinnen und -Minister über Desinformation und Informationsmanipulation im Internet aus. Ziel dieses ersten Arbeitstreffens war es, die Vertreter des digitalen Sektors hinsichtlich der Maßnahmen zu befragen, die seit Beginn der Ukraine-Krise – über die von der Europäischen Union beschlossenen Sanktionen hinaus – zur Bekämpfung von Desinformation und zur Förderung des Zugangs zu zuverlässigen Informationen ergriffen wurden.

Im Anschluss an dieses erste Arbeitstreffen forderten 27 für Digitales und elektronische Kommunikation zuständigen Ministerinnen und Minister die Unternehmen des digitalen Sektors – Online-Plattformen, Internetanbieter oder soziale Netzwerke – auf, mehr Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und Informationsmanipulation im Internet zu ergreifen. Konkret genannt wurden:

- die Intensivierung des Schutzes der Grundrechte und Grundfreiheiten im Internet;
- die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen zur Überwachung der Inhaltsmoderation in Konfliktgebieten;
- die Einleitung zusätzlicher und operativer Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die von diesen Plattformen zur Verfügung gestellten Tools nicht zu einem verstärkenden Faktor

für Hass und Desinformation im Internet sowie für die Verbreitung feindseliger Inhalte werden;

- die sofortige Anwendung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation, der im April 2018 von der Europäischen Kommission vorgestellt wurde;
- die Priorisierung von zuverlässigen und anerkannten Informationsquellen;
- die schnelle Anpassung der Strategien zur Inhaltsmoderation und zum Risikomanagement in Krisensituationen;
- das Teilen von Echtzeitinformationen über nützliche Daten für die Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Die 27 Ministerinnen und Minister konnten die Plattformen schließlich an die Notwendigkeit erinnern, in der derzeitigen geopolitischen Lage eine verantwortungsvolle Haltung einzunehmen. Sie haben sich auch dazu verpflichtet, gegebenenfalls weitere Sanktionen zu erarbeiten.

*Cédric O: „Aufgrund der geopolitischen Lage haben wir beschlossen, den ersten Tag des informellen Treffens der für Telekommunikation zuständigen Ministerinnen und Minister, das am 8. und 9. März in Paris und Nevers abgehalten wird, den Herausforderungen der Desinformation im Internet und der Informationsmanipulation zu widmen. Am 8. März fand ein erstes Arbeitstreffen statt, an dem Jean-Yves Le Drian, Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten, sowie Vertreterinnen und Vertreter der führenden sozialen Netzwerke teilnahmen. Dabei wurde die Notwendigkeit bekräftigt, die Unternehmen des digitalen Sektors stärker in die Verantwortung zu nehmen, zumal Frankreich im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft derzeit die Verhandlungen über den zukünftigen Digital Services Act führt. Dieses Treffen bot außerdem die Gelegenheit für einen offenen und fruchtbaren Dialog mit den großen digitalen Plattformen, insbesondere über die sofortige Umsetzung der von der Kommission am 28. Februar beschlossenen Sanktionen. Im gegenwärtigen Kontext müssen die Grundrechte und Grundfreiheiten im Internet sowie der Zugang zu zuverlässigen Informationen entschieden verteidigt werden. »*

Pressekontakt: Privatbüro von Cédric O. +33 1 53 18 43 10 [presse@numerique.gouv.fr](mailto:presse@numerique.gouv.fr)